Ich will sagen, ich selbst habe den Glauben noch nicht verloren, aber wenn ich diesen Leuten, die uns diese Eingaben gegeben haben, die Antwortbriefe vom Innenministerium, vom Justizministerium und inzwischen auch von der Treuhandanstalt zeigen würde, wie wir von einem zum anderen vertröstet und als nicht zuständig erklärt werden und dergleichen Dinge mehr, dann, denke ich, würde das ihre Zweifel an der Möglichkeit der Demokratie, solche Vergangenheit aufzuarbeiten, eher bestärken, als daß es die Zweifel beheben würde. Da kommt das, was mein Vorredner auch schon gesagt hat, ins Spiel, daß die Leute sagen, wir müssen eben doch die Rechten wählen, die sagen, was Sache ist, und die greifen handfest zu und das, was ihr damals gesagt habt auf dem Markt: Überhaupt keine Gewalt, das war die falsche Entscheidung, es hätten Köpfe rollen müssen, dann hätten wir heute den ganzen Salat nicht. Das halte ich für die eigentlich gefährlichste Entwicklung in diese Richtung.

Heute im Laufe des Tages ist eine Überlegung geboren worden, die wir Ihnen als der Enquete-Kommission doch zumindest auch zu bedenken geben wollen. Wäre es nicht möglich, daß man einmal einen Landkreis gewissermaßen exemplarisch aufarbeitet und sagt, wer hat eigentlich früher in dieser Amtsstube gesessen, in jener, wer hat auf der Kreisleitung der SED gesessen, wer bei den Blockparteien, wo sitzen diese Leute heute? Sitzen zu erheblichen Teilen in der Bundesrepublik und haben dort eine einflußreiche Stellung. Wo haben ihre Frauen gearbeitet, und wo arbeiten die Frauen heute? Das ist ein ganz interessantes Kapitel, daß dies einmal exemplarisch für einen Landkreis gemacht würde. Ich denke, das wäre eine ganz hilfreiche Arbeit. Wir wären von unserer Seite aus gerne zu Zuarbeit für Sie bereit, um so vielleicht doch den Nachweis zu erbringen, daß es der Demokratie gelingen kann, das Unrecht der Vergangenheit zu überwinden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte jetzt zunächst die hier vorne sitzenden Obleute bitten zu antworten. Ich habe Ihnen allen fünf, die jetzt hier geredet haben, viel Zeit gelassen und meine, das sollten wir auch beim nächsten Mal so machen. Von daher meine ich, sollten die jetzt antwortenden Obleute es so kurz wie möglich machen, damit Sie möglichst bald weitergeben können.

Abg. Meckel (SPD): Ich werde mich an diese Bitte nicht ganz halten, weil ich denke, es ist ganz wichtig und entspricht auch der Strategie, wie wir sie abgesprochen haben, daß in dieser zweiten Runde es wichtig sein soll, daß Sie etwas erfahren über die Arbeit der Enquete-Kommission. Heiko Lietz hat ja darauf hingewiesen, ich könnte jetzt gar nicht die Zahl sagen, aber daß wir schon 13,14 Sitzungen gemacht haben. Deshalb sind wir es den hier Anwesenden und der Öffentlichkeit schuldig, die Frage zu beantworten,was die Enquete-Kommission, die seit März im Deutschen Bundestag eingesetzt

ist und von der man bisher öffentlich nichts gehört hat, eigentlich getan hat. Ich denke, das ist eine wichtige Frage, auf die es eine Antwort geben muß.

Die Enquete-Kommission wurden am 12. März eingesetzt.Sie besteht aus 16 Abgeordneten, 16 Stellvertretern und 11 Sachverständigen, nach dem üblichen Modus auf die Parteien verteilt. Wir hatten bis zum 20. Mai die Aufgabe, unsere eigene Aufgabenstellung überhaupt erstmal zu erarbeiten, denn auch das war natürlich nicht so klar: Was ist eigentlich die Aufgabe einer Kommission des Bundestages, die sich diesem Thema widmet? Es gab die Forderung eines Tribunals, es gab die Frage, ist es sinnvoll, daß Parteien sich überhaupt in dieser Weise mit dieser Frage beschäftigen. Wir waren der Meinung, daß dies sinnvoll ist und daß es eine spezifische Aufgabe des Deutschen Bundestages gibt, wobei wir uns auch darüber im klaren waren: Es gibt kein Monopol auf Aufarbeitung. Weder der Deutsche Bundestag noch irgendjemand anders könnte sagen, wir machen die Aufarbeitung, sondern wir können nur versuchen, miteinander dies zu tun und die jeweils spezifischen Möglichkeiten zu nutzen, die man als gesellschaftliche Initiative hat, als Institution oder Komitee innerhalb einer großen Institution, wie es die Kirchen sind oder andere, innerhalb des öffentlichen Dienstes, eines Parlamentes oder eben auch des Deutschen Bundestages.

Unsere Aufgabe war schwierig, weil die ersten Anträge aller Parteien eher so aussahen, als wären sie eine Beschreibung einer Institutsarbeit für die nächsten 20 Jahre. Als könnte es Aufgabe des Parlaments sein, daß die gesamte Komplexität von 40 Jahren Geschichte darstellt werden soll. Uns war klar, einerseits ist so etwas nötig. Die historische Forschung für diesen Zeitraum muß stärker in das Blickfeld kommen, viele Wissenslücken müssen gefüllt werden. Viele Akten sind da, die durchgearbeitet werden müssen, und es ist recht skandalös, daß in diesem Wissenschaftsbereich sehr viele jetzt eher arbeitslos sind, als daß sie wirklich an dieser Aufgabe arbeiten. Zum zweiten aber kann es nicht Aufgabe einer Kommission des Bundestages sein, in allererster Linie historische Forschung selber zu machen. In dieser Zwickmühle waren wir und haben dann bis zum 20.Mai einen Beschluß erarbeitet, der dann vom Deutschen Bundestag gefaßt worden ist, in dem wir beschreiben, was unsere Aufgaben sind. Neben der Förderung der Forschung ist die Frage nach Bewertung zu stellen und die Frage nach Strukturen und Verantwortlichkeiten, nach den Zuständigkeiten sowohl des Machtsystems als auch den differenzierten Situationen des Lebens in der DDR, also der Möglichkeit und was dies eigentlich heißt: widerständiges, sich verweigerndes Verhalten.Natürlich soll auch nach den verschiedenen Institutionen, Blockparteien, Massenorganisationen gefragt werden sowie nach der Bedeutung der Kirche. Daß dies eine riesige Aufgabe ist, darüber waren wir uns klar. Wir haben dann nach diesem Beschluß bis zur Sommerpause daran gesessen, ein Arbeitsprogramm zu machen, in dem wir festlegten, wie

die Zeit bis 94 eingeteilt werden soll, in welchen Wochen oder Monaten wir welchen der 6 thematischen Schwerpunkte bearbeiten: Im Anschluß an die Frage nach den Machtstrukturen des SED-Systems sollen ab Februar die Fragen, ich sag mal der „Softwarerepression“, der Bedeutung von Bildung, Privilegien, des ganzen Ideologiesystems behandelt werden, dann die Frage von Recht und Justiz als Herrschaftsinstrument, dann ab Herbst, ab September nächsten Jahres fahren wir fort mit der Frage der innerdeutschen Beziehungen und der internationalen Beziehungen und ihrer Bedeutung für die DDR und ihr Herrschaftsinstrumentarium, dann anschließend die Frage der Kirche und zuletzt die Opposition in den 40 Jahren DDR, der Herbst, der Wandel, die Vereinigung. Dies in Kurzform das Programm, das wir haben.

Es ist unter uns strittig, wir sind der Meinung, daß die Enquete-Kommission nicht nur in dieser Legislaturperiode arbeiten kann, sondern von der Aufgabenstellung her notwendig auch nach 94 weiterarbeiten muß, dies aber wird von anderen Fraktionen bestritten. Jedenfalls denken wir, daß wir eine Defizitliste machen müssen, die enthält, was nicht jetzt gemacht werden kann, sondern in der nächsten Legislaturperiode, und dann muß der nächste Bundestag darüber entscheiden. Wir müssen natürlich eine Empfehlung abgeben, und ich denke, wir müssen weitermachen, weil dieses Programm in 2 Jahren nicht zu leisten ist. Ich denke, das ist klar und muß festgehaltenwerden. Ich bin deshalb jetzt so ausführlich gewesen, um erst einmal die Aufgabenstellung klar zu machen.

Wir haben gestern zusammen gesessen mit Juristen und diskutiert um die Fragen nach den Grenzen und Möglichkeiten justitieller Aufarbeitung, um dazu ins Verhältnis zu setzen die Frage nach der politischen Aufarbeitung und ihren Aufgaben. Dies hat den gestrigen Tag bestimmt als öffentliche Anhörung hier im Haus. Der heutige Tag soll dem Gespräch mit den Initiativen dienen, die ähnlich wie wir, aber in ganz anderer Funktion und eigener Initiative, sich mit Fragen der Aufarbeitung beschäftigen. Denn soviel ist klar, wir jedenfalls gehen davon aus, daß die Initiativen wichtig für unsere Arbeit sind. Wir haben manches schon entdeckt, von dem wir meinen, hier ist Material, hier ist Kontakt, hier sind Leute, die in eine bestimmte Fragestellung sich eingearbeitet haben, das brauchen wir. Wo sind in der Frage der Aufarbeitung Dinge, bei denen Sie Erwartungen an die Enquete-Kommission haben? Gibt es solche Erwartungen, oder meinen Sie, daß das nicht nötig ist? Auch das ist dann zur Kenntnis zu nehmen, wir haben jedenfalls, denke ich, jeweils genug zu tun.

Ich möchte auf ein paar der angesprochenen Punkte noch kurz eingehen, insbesondere auf die Frage der Finanzen. Ich kann dies nicht nur verstehen, sondern unterstütze ausdrücklich, daß eine solche Finanzierungshilfe kommen muß, ich denke, keine Vollfinanzierung, sowas wird nicht möglich sein. Wir werden darüber unter uns reden müssen, wie geholfen werden kann. Es wird nur in Grenzen möglich sein. Aber daß hier etwas geschehen muß,

davon jedenfalls bin ich überzeugt, wenn wir gewährleisten wollen, was unser aller Anliegen ist, daß nicht Initiativen vor Ort erstickt werden, einfach aus Geldmangel. Manchmal hilft ja ein kostenloses Zur-Verfügung-Stellen von Räumen schon weiter. Gleichzeitig müssen wir natürlich fragen, was wir vermögen, damit wir uns nicht selber mit überhöhten Erwartungen belasten. Es ist ganz klar, daß die Fragen der Personalpolitik im öffentlichen Dienst und auch in der Wirtschaft zwar Themen sind, zu denen wir Aussagen machen können, zu denen wir jetzt auch als Bundestag auf der Ebene des Bundes noch mal Fragen stellen können und sollten, daß aber die Länder und die Kommunen die Entscheidungen fällen müssen. Ich begrüße den Vorschlag, einen Landkreis exemplarisch aufzuarbeiten. Ich denke, daß wir die Idee an der entsprechenden Stelle aufnehmen sollten, wenn nicht in dieser Legislaturperiode, dann in der nächsten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön, Markus Meckel. Auch Dank für die kurze Darstellung dessen, was sich die Enquete-Kommission für die nächsten 2 Jahre vorgenommen hat. An einer Stelle ist mir allerdings wichtig, das, was du gesagt hast Markus, ein bißchen zu differenzieren. Wenn ich mich an die entsprechenden Gespräche in der Enquete-Kommission erinnere, ist keiner von uns der Meinung, daß wir in der zur Verfügung stehenden Zeit das Aufgabengebiet, Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur, abgearbeitet haben werden. Das, glaube ich, ist uns allen deutlich. Wir haben gesagt oder einige von uns sagen, ob da was fortgesetzt werden kann, das können wir höchstens empfehlen, aber entscheiden muß das der nächste Deutsche Bundestag, aber ich glaube, da gibt es keinen großen Unterschied zwischen dir und den anderen hier oben Sitzenden.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Was den letzten Punkt angeht, so hat, glaube ich, tatsächlich noch nie jemand etwas anderes gesagt innerhalb der Enquete-Kommission. Wenn wir heute zusammentreffen mit den vielfältigen Initiativen, so ist das ja zunächst mal gar nicht selbstverständlich, wenn man weiß, daß es sich um eine Einrichtung des Bundestages handelt. Ich bin froh, daß die Enquete-Kommission wirklich einstimmig sich gleich zu Beginn ihrer Arbeit darauf verständigt hat, daß sie nicht aus eigener Kraft diese Aufgabe bewältigen kann, auch nicht mit Hilfe nur von Sachverständigen oder von Institutionen, die in irgendeiner Weise in dieses Thema mit einbezogen werden können, sondern daß dazu unabdingbar ist auch nicht nur das Kennenlernen der verschiedenen Initiativen, sondern auch der Versuch, Wege zur Zusammenarbeit zu finden und das, was z. B. von uns bearbeitet wird zu vergleichen gegenseitig zu ergänzen und vielleicht dort auch sehr unkonventionelle Wege – für eine Enquete-Kommission erstmalig, die natürlich erstmalig überhaupt mit

einem solchen Thema betraut – zu finden. Das ist also die Intention des heutigen Treffens.

Auf der anderen Seite haben wir auch schon gegenüber der Gauck-Behörde versucht, sehr deutlich zu machen, daß wir ihre Arbeit unterstützen, und ich denke, das liegt so auf der gleichen Linie. Es ist ja richtig, Hans Schwenke, wenn du sagst, Pluralismus ist gut und notwendig, das würde ich durchaus unterstützen, aber Pluralismus darf nicht gleichbedeutend sein mit unserer Schwächung oder sogar zu einer gemeinsamen Hilflosigkeit führen. Ich erinnere einmal an Stasiakten, wo so sinngemäß drinsteht, diese Gruppen, die sich jetzt in den kirchlichen Räumen aufhalten, haben nun begonnen, sich gegenseitig zu bekämpfen oder ihr Unverständnis gegeneinander zum Ausdruck zu bringen, und es ist das erreicht worden, was die Zielstellung war, nämlich die Auseinandersetzung zwischen den eigentlichen Widersachern Staat und Opposition findet nicht mehr statt. Zu einer vergleichbaren Situation darf natürlich diese gemeinsame Arbeit an dem Thema nicht führen, und deshalb meine ich, ist es gerade angesichts der Defizite, die im Moment zu spüren sind, angesichts auch des Klimas, was ja zum Teil durch Vernebelung und zum Teil ja regelrecht durch Sabotieren der Arbeit an der Vergangenheit gekennzeichnet ist, manchmal auch sehr bewußt – ich erinnere mal an die ganzen Auseinandersetzungen, die mit Stolpe zu tun haben, was im Rahmen dieser Debatte erfolgt manchmal an Unfairneß gegenüber denjenigen, die an der Aufarbeitung interessiert sind und die nicht nur behindert, sondern auch mittlerweile verleumdet werden...

Wir kennen also diesen Zustand, wir können damit natürlich nur unzufrieden sein, und wir müssen jetzt natürlich auch überlegen, wie kommen wir da wieder raus, wie kommen wir aus diesem Unbehagen raus, das ein großer Teil der Bevölkerung inzwischen schon hat, wenn er davon hört, daß sich Leute mit der DDR Vergangenheit befassen. Da müssen wir natürlich einmal selber sehen, daß sich sehr viel auf die Stasi konzentriert hat und da noch mal sehr viel auf die inoffiziellen Mitarbeiter, daß vergleichsweise viel zuwenig gelaufen ist zu den Machtstrukturen in ihrer Gesamtheit, zur Verantwortung der SED usw. Dies alles ist von der Enquete-Kommission ja auch durchaus erkannt, wie man an diesem Arbeitsplan, der ja draußen liegt, sehr genau erkennen kann. Aber ich meine eben, wir müssen sehen, daß wir jetzt nicht die falschen Fronten aufbauen, daß wir zum einen also an diese Erweiterung dieses Themas herangehen, daß wir also auch nicht ein Thema der Vergangenheit einfach nur wieder als bloß historisch bezeichnen. Es hat was zu tun mit dem Zusammenwachsen der Deutschen, es hat was mit dem Verständnis zu tun, was gegenseitig aufgebaut werden muß, es ist also eine Aufgabe, die auch mit unserer Zukunft zu tun hat, und das muß man, glaube ich, sehr viel deutlicher auch in der Öffentlichkeit immer wieder sagen und auch vielleicht ein wenig beweisen. Es geht dann nicht nur einfach um die Nabelschau ein paar

Oppositioneller, die sich ungerecht behandelt fühlten in der Vergangenheit. Ich denke, daß wir dazu die Chance haben, wenn wir das wirklich auch gemeinsam unternehmen.

Dazu kommt das hier schon angesprochene Problem Ost/West oder internationale Beziehungen. Wie ist denn das gewesen mit der Deutschlandpolitik der großen bundesrepublikanischen Parteien? Was hat denn die Kirche in diesem Zusammenhang für eine Rolle gespielt? Das sind plötzlich Themen, die werden dann ganz brisant und werden vielleicht doch einiges Unbehagen auslösen auch bei Politikern, die heute eine wesentliche Rolle spielen. Und wenn wir meinen, daß wir in dieser Richtung etwas unternehmen wollen, dann können wir das nur gemeinsam tun. Und dann kann nicht ein Bürgerkomitee die Gauck-Behörde bekämpfen oder ein anderes, sagen wir mal, die Arbeit der Enquete-Kommission niedermachen, sondern da müssen wir wirklich in diesen unterschiedlichen Verantwortungsbereichen das reden, was möglich ist.

Ganz kurz zur Gauck-Behörde, weil ja vorhin dieser Konflikt schon wieder zum Vorschein kam. Ich meine, daß in der angespannten Situation, die ich versucht habe ganz kurz anzudeuten, man sehr genau überlegen muß, ob man jetzt eine Novellierung des Stasiunterlagengesetzes zu diesem Zeitpunkt fordert, oder ob wir nicht einfach uns gemeinsam mit der Behörde und mit allen, die jetzt noch damit zu tun haben, vorhin wurde auch erwähnt Ermittlung oder das, was Herr Kittlaus macht oder vielleicht jetzt machen könnte mit Mitarbeitern im Rahmen der Behörde, alle die Beteiligten sollten jetzt noch mal gemeinsam überlegen, wo sind denn die ungeklärten Probleme mit der Akteneinsicht, von den Schwärzungen brauchen wir erst gar nicht zu reden. Es gibt bei allen Leuten eigentlich, die sich intensiv mit den Akten befaßt haben, die Kritik an dieser Stelle, aber es gibt andererseits den Wortlaut dieses Gesetzes oder, wenn man so will, eine Kritik, der Wortlaut dieses Gesetz werde zu eng interpretiert. Ja, aber darüber kann man sich verständigen. In dieser Woche tagt erstmalig der Beirat der Gauck-Behörde. Der Beirat könnte unter anderem diese Aufgaben haben, das, was so jetzt an Unschärfen und Unklarheiten über die bisherige Art des Umgangs mit den Akten entstanden ist, zu klären und die verschiedenen Interessen, die Interessen der verschiedenen Beteiligten, auch irgendwie zusammenzubringen. Ich will also sagen, wir müssen in diese Richtung gehen, andernfalls werden wir allesamt mit diesem Problem scheitern.

Ein paar Anmerkungen zu dem, was jetzt hier in Ihren Beiträgen noch kam. Was diese Schweigepflicht für die ehemaligen Stasioffiziere betrifft, so haben wir mehrfach schon Anfragen gerichtet an verschiedene Leute. Das ist natürlich im Grunde genommen ein Problem, was Juristen beantworten müssen. Ich habe aber den Eindruck, daß die Juristen sich selber darüber uneinig sind. Wir haben prophylaktisch schon vor einem halben Jahr oder dreiviertel Jahr als Bundestagsgruppe den Antrag eingebracht, diese Schwei-

gepflicht aufzuheben. Das wäre dann eine ganz formale Angelegenheit, und ich denke, das könnte eigentlich sofort geschehen, denn das Ganze ist wirklich eine absurde Vorstellung, daß sich jetzt noch Leute auf die Schweigepflicht, die ihnen von Herrn Mielke auferlegt wurde, berufen können. Was sehr viel schwieriger ist, ist das Problem, das Herr Kreutzer angesprochen hat, also insbesondere die Zeit von 45 bis 49. Da kommt natürlich der Einwand der Justiz, es liegt nicht in unseren Möglichkeiten, es war Besatzungsrecht. Wo es Möglichkeiten gibt, wo ich denke, daß es Möglichkeiten geben sollte, wäre die Rehabilitierung und die Entschädigung von Menschen, die darunter gelitten haben.

Hermann Kreutzer (Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e.V.): Entschuldigung, nur noch ein kurzer Einwurf. Es geht uns nicht darum, diese Leute, die meistens tot sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Aber ein Punkt ist wichtig. Wenn der Deutsche Bundestag den Leuten, die von der SED zu Opfern des Faschismus oder Kämpfern gegen den Faschismus deklariert wurden, 1400,– DM Zusatzrente zahlt und die gleichen Leute tätig waren, damals 1945, Hunderte, Tausende, Zehntausende dem NKWD zu überliefern, da hakt es eben aus. Das ist der Punkt.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich sehe das ganz genauso, ich verweise jetzt hier auch noch mal auf diesen ersten Themenkomplex der Enquete-Kommission. Da wird dieses ein Kapitel sein. Ich glaube, diese Personen verdienen natürlich eine späte und leider in vielen Fällen zu späte Würdigung, und das muß auch im Rahmen der Enquete-Kommission geschehen. Da sind wir also völlig einer Meinung.

Was die Initiative Saalfeld angeht, exemplarisch einen solchen Landkreis zu untersuchen, das halte ich für eine sehr gute Idee, wie überhaupt vieles, was wir machen können, wenn wir auch nur annähernd unserer Zielstellung, die wir beschrieben haben, näherkommen wollen, da können wir ohnehin nur exemplarisch arbeiten, müssen uns bestimmte historische Situationen, bestimmte regionale Verhältnisse, was auch immer, heraussuchen und anhand eines solchen Themas versuchen, aus diesem exemplarische Rückschlüsse zu ziehen auf das, was so in der Gesamtheit gelaufen ist. Das verlangt natürlich, daß es in dieser Region eine Initiative gibt wie in Ihrem Falle, die selber diese Aufarbeitung betreibt, die können das natürlich am allerbesten, und das sollte natürlich mit den Mitteln unterstützt werden, die andere Institutionen, auch die Enquete-Kommission, haben.

Ein letztes Wort, es sind immer wieder die Geldquellen angesprochen worden. Das wird eine Aufgabe sein müssen, den Versuch zu unternehmen, in die laufende Haushaltsdebatte noch vielleicht Ergänzungen einzubringen. Ich denke, daß die Mitglieder der Enquete-Kommission das vielleicht in ihren jeweiligen Fraktionen tun werden. Was mich jetzt interessieren würde, wäre natürlich noch mal, wenn ein bißchen Stärke hier ins Spiel käme, die

Möglichkeiten, die Sie sehen, einer inhaltlichen Zusammenarbeit. Also wir kennen unsere Themen und unsere Möglichkeiten und wir kennen Ihre jetzt zum Teil. Aber wo sind denn Berührungspunkte, die Sie sehen? Wie können wir uns in unserer Arbeit gegenseitig unterstützen, z. B. durch Zugriff auf bestimmte Materialien. Dazu würde ich doch gerne noch weitere Vorschläge hören.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich möchte mich zunächst einmal sehr herzlich bedanken, daß Sie alle unserer Einladung gefolgt sind. Ich denke, es ist vielleicht nicht ganz das erste Mal, aber es ist nicht so ganz die Regel, daß so viele Initiativen zusammenkommen, um Erfahrungen auszutauschen, denn ich nehme an, die Diskussion heute morgen, heute nachmittag ist auch für Sie interessant, weil sie wieder voneinander hören. Und ich möchte hier ein ausdrückliches Ja auch zur Pluralität der Aufarbeitung des SED-Regimes sagen, zur Pluralität unter Beachtung der Gesetze, aber ich glaube, das ist so selbstverständlich, daß man es nicht vertiefen muß. Die Aufarbeitung einer politischen Vergangenheit nach einer unblutigen Revolution ist, glaube ich, immer sehr viel schwieriger, wie ja eine Reihe von Beispielen gezeigt hat, Herr Morgenroth hat es noch mal sehr nachdrücklich gesagt, als die Aufarbeitung nach einer blutigen Revolution. Nun sind wir alle ganz glücklich, daß diese Revolution in Deutschland unblutig verlaufen ist, und wir sollten uns dieses Glück auch nicht trüben lassen; wir sollten eigentlich, wenn ich das jetzt einmal fast dialektisch sagen darf, froh darüber sein, daß wir diese Probleme haben, vor denen wir jetzt stehen, anderwärts wären sie vielleicht nicht so da. Ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen, wir sollten immer wieder betonen, daß es wirklich ein großes Geschenk war, daß diese Wende 89/90 so verlaufen ist, wie sie verlaufen ist, nämlich ohne blutige Opfer.

Und da scheint es mir auch machbar zu sein, mit den Problemen, die ohne Zweifel da sind, auch fertig zu werden. Ich denke, daß der Vorschlag, den Herr Morgenroth gemacht hat, mal die Struktur, die jetzige Sozialstruktur, die politische Struktur in einer Region zu untersuchen, sehr sinnvoll ist, wir sollten dem nachgehen, wobei wir nie vergessen dürfen, daß der Datenschutz manchem hier schon Schranken entgegenstellt; wir sollten hier ganz nüchtern und ganz realistisch sein.

Ich denke, daß dieses Zusammentreffen hier heute auch noch aus einem anderen Grunde wichtig ist, nämlich um auch dem Bundestag, der Bundesregierung, die auch durch Vertreter hier war und noch ist, deutlich zu machen, daß tatsächlich die Frage der Finanzierung von Vorhaben keineswegs befriedigend gelöst ist. Ich glaube, niemand von uns ist so naiv anzunehmen, wir könnten eine vollkommene Finanzierung aller privaten Initiativen haben, niemand nimmt das an, Sie auch nicht. Aber es ist richtig, daß noch einmal darüber nachgedacht werden muß und das ist sicher eine Aufgabe eben auch für uns, noch einmal darüber nachzudenken und auch nachdenken zu

lassen, wie Initiativen, Projekte, die Sie auf den Weg gebracht haben, bringen wollen, wie das noch vernünftiger einzubauen ist in diesen Gesamtkomplex von Forschung und auch politischer Bildung. Ich möchte noch einmal das sagen, was ich heute morgen gleichsam gefragt habe, ich halte es auch für ganz wichtig, daß Ihre Initiativen nicht nur forschungsmäßig da sind, sondern auch ein bißchen mit einfließen in die politische Bildungsarbeit, politische Bildungsarbeit im allerweitesten Sinne. Dies kann der Bund nicht allein, das muß auch von den Ländern und von den Kommunen mit geleistet werden.

Zu den konkreten Fragen. Herr Dreikopf, Sie hören, das Thema steht auf der Tagesordnung, hoffentlich können wir es befriedigend lösen. Wir hoffen es sicher alle. Herr Kreutzer, ich möchte nachdrücklich ihre Frage mit Ja beantworten, nämlich ob wir auch mündliche Berichte entgegennehmen, also Stichwort: Zeitzeugen. Zeitzeugen auch sozusagen in ihrer mündlichen Darlegung, ganz klares Ja. Wir haben ja bereits auch damit begonnen hier, und wir werden bei der Bearbeitung der einzelnen Themenkomplexe, die Ihnen jetzt durch den Rahmenplan bekannt sind, selbstverständlich auch immer wieder auf Zeitzeugen zurückkommen. Wir sind, glaube ich, hier alle der Auffassung, daß am Ende, wenn wir einen Bericht der Enquete-Kommission fertigstellen, auch ein Anhang da sein muß mit Berichten von Zeitzeugen, denn das gibt dem Ganzen noch eine andere Lebendigkeit. Die Phase von 1945 bis 49 wird unsere ganz besondere Aufmerksamkeit finden. Professor Fischer, Professor Weber und andere werden sich hier mit diesem Zeitraum befassen. Wir müssen entlarven, daß es sich eben nicht nur um die Begründung eines Antifaschismus handelte, sondern es war die Stabilisierung des eigenen Machtsystems. All dies werden wir zu untersuchen haben, und ich hoffe wirklich sehr, daß es uns gelingt, neben dem schon Bekannten vielleicht auch noch die eine oder andere neue Erkenntnis zu gewinnen, und Sie dürfen gewiß sein, daß wir in bezug auf die Jahre bis 55 besondere Sorgfalt walten lassen.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen, auch auf die Gefahr hin, daß ich vielleicht mißverstanden werde oder Sie mir sagen, so kommen wir nicht weiter. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, sozusagen von Staats wegen zu erreichen, daß Menschen, die früher auch leitende Funktionen in der DDR gehabt haben, heute nicht mehr in leitenden Funktionen tätig sind, sei es in der Wirtschaft, sei es in privaten Organisationen, sei es hier und da auch in staatlichen oder kommunalen Einrichtungen. Ich glaube nicht, daß es gelingen wird, jeden hier herauszuhalten, es wird uns nur sicher in schwierigen Fällen gelingen, und es wird ganz hart auch eine Aufgabe von lokalen Komitees oder von den lokalen Parteien, von den lokalen Parlamenten sein, daß sie in einem eigenen Prozeß sagen, der geht nicht und die geht nicht und der kann da auch nicht mehr sein, weil er eben früher Funktionen gehabt hat. Aber dieses anzuordnen,

dieses von oben her zu bestimmen, dies entspricht nicht der Gesetzmäßigkeit und den Regeln des demokratischen Staates, und dies kann nur zum Teil auf der lokalen Ebene durch entsprechende Prozesse der Transparenz geschehen. Ich glaube, da sollten Sie auch von einer Enquete-Kommission nicht zuviel erwarten. Wir können unseren Beitrag leisten, das System weiter transparent zu machen, aber die Personalfragen können wir nicht lösen, und ich sehe auch hierin im Prinzip nicht unsere Aufgabe. Wir sind kein Untersuchungsausschuß, das muß man auch noch einmal sehr deutlich sagen. Wir sind eine Enquete-Kommission zur Durchleuchtung eines bestimmten Problems, so ist auch die Definition. Vielleicht, meine Damen und Herren, auch dies möchte ich sagen, müssen wir aber auch Menschen zubilligen, daß sie, die vielleicht einmal Täter waren, auch eine moralische Wandlung durchmachen und vielleicht heute manches schon anders sehen und beurteilen als vor 3 oder 4 oder 5 Jahren. Ich sage dies, weil ich glaube, das gehört auch zu dem Thema, das wir miteinander zu besprechen haben.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Als sich die Enquete-Kommission konstituiert hat, waren wir uns einig darüber, daß wir nur einen Beitrag leisten können und daß viele Menschen dazu beitragen müssen, über die Geschichte des vergangenen halben Jahrhunderts zu diskutieren und versuchen Antworten zu finden. Wenn ich die Diskussion heute betrachte, denke ich mir, wir sind in eine Situation gekommen, daß sehr viel entstanden ist an Initiativen und Bewegungen, daß wir allerdings noch nicht beherrschen, das alles öffentlichkeitswirksam zu machen. Ich hab mir heute diesen Stoß gekauft, ich bin mir sicher, ich werde ihn gar nicht lesen können, aber das Interesse daran, zumindest zu wissen, daß so etwas existiert, ist größer. Ich frage mich nur, was müssen wir machen, damit viele Menschen von dem etwas erfahren, was Sie machen wollen, mit dem Sie sich beschäftigen. Hier ist sozusagen die Querschnittsfrage nach dem Geld gestellt worden, für mich ist das sozusagen nur ein Ausdruck dessen, daß man nicht arbeiten kann, wenn man nicht zumindest ein Minimum an Instrumentarien zu Verfügung hat. Und ich denke mir, wir sollten als Obleute aus der Diskussion die Schlußfolgerung mitnehmen, darüber uns mal zu verständigen, was eigentlich zu machen ist. Die Vielfalt ist gestern mit dem Institut für Zeitgeschichte angesprochen worden, sie ist heute mit dem Geld angesprochen worden, im Prinzip ist es immer dasselbe. Zweitens, die historische Kommission des Schriftstellerverbandes hat hier auch ihre Geldsorgen artikuliert. Ich könnte mir jedoch sehr gut vorstellen, daß, wenn der Verband den Antrag an die Stiftung des Deutschen Kulturfonds stellt, Geld zur Verfügung gestellt werden könnte, denn ich glaube schon, daß die Aufarbeitung der Geschichte des Schriftstellerverbandes der DDR und die Geschichten der beiden Verbände es wert wären, daß sie sehr, sehr schnell aufgearbeitet werden, nicht nur für die Mitglieder das Verbandes, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank. Auf meiner Liste stehen noch 6 Erstmeldungen und zwei, die gern noch ein zweites Mal reden würden. Wir müssen sehen, wie wir mit der Zeit hinkommen. Ich möchte die Diskussion jetzt öffnen, damit auch die eine Chance haben, die schon geredet haben, noch mal Fragen hier an die Enquete-Kommission zu stellen. Denken Sie allerdings daran, wir sind bei 17.40 Uhr, d. h. wir haben noch etwas mehr als ein Stündchen für einander Zeit. Wir sollten pünktlich aufhören. Sie brauchen überhaupt nicht nervös zu werden.

Kunstdokumentation SBZ/DDR e.V., Herr Pohl: Wir sind eine Kunstdokumentation, haben einen Verein gegründet, der nennt sich Kunstdokumentation SBZ/DDR. Und zwar geht es um bildende Künstler, eine Problematik, die bisher überhaupt noch niemals in der Öffentlichkeit war, über Schriftsteller ist geredet worden. Mit der Gründung wollten wir dann auf die alarmierenden Nachrichten über einen Verlust der Quellenlage reagieren. Wichtige Materialien wurden der Forschung bereits entzogen. Manchmal ist der Quellenverlust zwecks Verwischung von Spuren gezielt geschehen, manchmal im Gefolge struktureller Veränderungen oder einfach aus Unkenntnis. Wenn man dem nicht Einhalt gebietet, werden zahlreiche Kunstvorgänge im ostdeutschen Raum, die der Aufklärung bedürfen, sich nicht mehr wissenschaftlich rekonstruieren und bewerten lassen. Vieles liegt überhaupt gänzlich noch im dunkeln. Auch hat der Literatur- und Prominenz-Zentrismus, der in der Diskussion über die DDR-Kultur immer wieder zur beobachten ist, den Blick auf nichtliterarische Kunstgattungen, für normale oder durch keinerlei Herausgehobenheit geschützte, der Macht einfach so preisgegebene Künstler verstellt. Demokratischer Sinn kann sich mit dergleichen Verengung, ja Verharmlosung der Problematik nicht abfinden. Er fordert eine breitere, tiefere Analyse, es darf keine neuerliche Verdrängung von Geschichte geben.

Wir bitten deshalb die Enquete-Kommission und alle um Unterstützung durch Hinweise auf bislang unbekannte und noch nicht genügend beleuchtete Fälle von kunstpolitischer Manipulation seitens der Machthaber in der ehemaligen SBZ und in der ehemaligen DDR, auf Fälle von Verfolgung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Vertreibung von bildenden Künstlern, Kunsthändlern und Kunstsammlern, auf verbotene, behinderte, vorzeitig geschlossene Ausstellungen und auf unterdrückte Schriften, auf alle Fälle von Beschlagnahmung und Vernichtung von Kunstwerken und Sammlungen.

Ich gehöre selbst zu denen, die entsorgt worden sind, nämlich mit ihrem Werk, das sie bis zu ihrem 40. Lebensjahr geschaffen haben. Und ich bin nicht der einzige. Darüber redet keiner. Aber die Herren – ich habe gestern im Mitteldeutschen Rundfunk im Erfurter Gespräch eine Diskussion gehört mit Herrn Tübke: von einer Insel der Seeligen haben sie da gesprochen. Es ist einfach eine Impertinenz, sich so darzustellen und so zu tun, als hätte es verfolgte bildende Künstler nicht gegeben, und lediglich so zu tun, als würden